

# Hambacher Forst – wieder muss die Polizei für die Energiepolitik den Kopf hinhalten

Polizei verteidigt den Rechtsstaat und wird von Teilen der Politik und Gesellschaft dafür öffentlich kritisiert

Die Energiepolitik ist in Deutschland seit langer Zeit ein zentrales politisches Thema, welches immer wieder dazu geführt hat, dass die Polizei die von der Politik getroffenen Entscheidungen und Beschlüsse im realen Leben verteidigen muss.

Führte jahrzehntelang die Atompolitik zu erheblichem (insbesondere) außerparlamentarischem Widerstand, so sind es heute die fossilen Energieträger, allen voran die Braunkohle, welche die Menschen zum Protest veranlassen. Glaubte man vor einigen Jahren, nach dem verkündeten Atomausstieg, dass nun ein „Energiefrieden“ erzielt worden sei, der irrte.

Die Energiegewinnung und die „Verteilung“ der gewonnenen Energie führen in ganz Deutschland zu erheblichem Widerstand durch die Bevölkerung. Der Bau von Fernleitungen, Windrädern, Kraftwerken aber auch der Abbau der dafür erforderlichen Energieträger wird in der Regel regional aber auch überregional erbittert bekämpft. Kaum ein Thema, abgesehen von der Migrationspolitik, mobilisiert und emotionalisiert die Menschen mehr als die Energiepolitik.



➤ Ist derzeit stets gefragt, um eine Bewertung der Einsatzlage vorzunehmen, der Vorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus.

Gegenwärtig wird dies in Nordrhein-Westfalen am Hambacher Forst in besonderer Weise deutlich. Faktisch handelt es sich bei der 100 Hektar umfassenden Fläche, welche gerodet werden soll, im Verhältnis zur Gesamtwaldfläche in NRW von 916 000 Hektar um ein sehr kleines Wäldchen, was aber zu einem gewaltigen Symbol der Gegner der Energiegewinnung aus Braunkohle geworden ist. Und dies hat erhebliche Folgen.

## ➤ Die Polizei ist verpflichtet, Vollzugshilfe zu leisten

Die Polizei NRW befindet sich im und um den Hambacher Forst in einer der größten Polizeieinsätze seit Bestehen des Landes. Sie muss den örtlich zuständigen Ordnungsbehörden Vollzugshilfe bei der Räumung des Waldes gewähren, da diese weder über die rechtlichen Voraussetzungen noch über das geeignete Personal verfügen, die eigenen Anordnungen und Verfügungen durchzusetzen.

Derartige Unterstützungsleistungen gewährt die Polizei täg-

lich mehrere Hundert Male – in unterschiedlichsten Angelegenheiten, ohne dass irgendjemand davon Notiz nimmt.

Die Polizei muss dies tun, da die Leistung von Vollzugshilfe zu den originären Aufgaben der Polizei gehört. Für die Rechtmäßigkeit der Grundmaßnahme ist die zuständige Ordnungsbehörde verantwortlich. Die Polizei ist im Rahmen der Vollzugshilfe lediglich für die Rechtmäßigkeit bei der Durchführung des unmittelbaren Zwangs verantwortlich.

Durch die beschriebene Konstellation im Braunkohleabbaugebiet wird deutlich, dass die Polizei konkret dafür zu sorgen hat, dass der Rechtsstaat durchgesetzt wird. Wie in allen anderen Einsatzlagen auch, hat die Polizei, über den Verfassungsauftrag hinaus, keinerlei eigene Interessen zu vertreten. Eigene Entscheidungsspielräume hinsichtlich der getroffenen Grundmaßnahme hat die Polizei nicht – auch wenn gegenwärtig durch viele politische Organisationen ein gegenteili-

ges Bild von der Rechtslage und der Motivlage der Polizei gezeichnet wird. Von dieser Seite wird vehement behauptet, die Polizei mache sich zum Büttel der Braunkohlelobby und hier insbesondere dem Energiekonzern RWE.

Fatalerweise wird diese irreführende These sogar durch den Landesvorsitzenden des BDK, Sebastian Fiedler, gestützt. Herr Fiedler äußerte in einer ausführlichen Stellungnahme, welche im digitalen Netzwerk „Facebook“ am 16. September 2018 vielfach geteilt und so verbreitet wurde, seine Verärgerung über den Beginn der Räumung des besetzten Waldes und gab an, dass die Polizei im vorliegenden Einsatz Amtshilfe leisten würde.

Hier trifft Herr Fiedler eindeutig eine falsche Aussage. Würde die Polizei Amtshilfe leisten, wäre sie für die Entscheidung, den Wald zu räumen, unmittelbar selbst verantwortlich. Sie würde dann anstelle der originär zuständigen Ordnungsbehörde die Grundmaßnahme treffen.

Durch die getroffene Aussage fällt der BDK den eingesetzten Beamten, in einer ohnehin schon extrem angespannten Einsatzsituation, in den Rücken.

## ➤ Die Polizei ist der Garant für die Durchsetzung des Rechtsstaates

Das ist umso schlimmer, weil sich in dem Einsatz sehr viele Kolleginnen und Kollegen für die Durchsetzung des Rechtsstaates einsetzen, obschon sie

## Impressum:

Redaktion:  
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)  
Tel. 0163.1597230  
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211.93368667  
Fax: 0211.93368679  
Internet: www.dpolg-nrw.de  
ISSN 0723-1822



sich teilweise selbst aktiv für den Erhalt des Hambacher Forstes eingesetzt haben.

In einen solchen Einsatz gehen keine Kollegen, ohne sich eine eigene Meinung gebildet zu haben. Das gilt in dem vorliegenden Einsatz genauso wie bei allen großen Einsatzlagen mit politischer Brisanz auch. So war es in Gorleben und Ahaus bei den Castor-Transporten und so ist es bei jeder Versammlungslage extremistischer Gruppierungen. Umso beeindruckender ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen, ohne Berücksichtigung der eigenen Position, ausschließlich die Durchsetzung des Rechtsstaates vor Augen haben. Und dies, obschon seitens vieler Medien, politischer Parteien und im konkreten Fall auch durch einflussreiche Umweltschutzorganisationen versucht wird, die Beamten teilweise persönlich zu diffamieren. Es wird an dieser Stelle sehr deutlich, dass die Polizei im Rechtsstaat eine absolut verlässliche Konstante ist.

## ■ Politische Entwicklung rund um den Hambacher Forst

Um die Brisanz der Lage rund um den Hambacher Forst einschätzen und die politische Dimension bewerten zu können, bedarf es der Betrachtung der Historie des Braunkohleabbaus sowie der getroffenen Entscheidungen auf politischer Ebene.

Die Entscheidung, den Braunkohletagebau bis mindestens zum Jahr 2045 fortzuführen, wurde im Jahr 2016 von der rot-grünen Landesregierung getroffen. Durch diese gesetzliche Regelung legte sie den Grundstein für die Erweiterung des Braunkohleabbaugebietes, weil die bestehenden Abbaufelder keine entsprechenden Kapazitäten aufweisen, welche die Braunkohleförderung über die nächsten 27 Jahre sicherstellen könnten.

Daher entschloss der Energiekonzern RWE, einen weiteren Teil (rund 100 Hektar) des noch verbliebenen Hambacher Forsts (rund 550 Hektar) zu roden, um dort Braunkohle im Tagebau zu fördern.

Diese Entscheidung wurde und wird durch den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und anderen Umweltschutzorganisationen heftig kritisiert und auch beklagt. In die Kritik stimmen seit kurzer Zeit auch die Linkspartei, die Grünen und Teile der SPD ein.

Bislang sind die Klagen in allen Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, weil sich der RWE-Konzern auf geltende Gesetze berufen kann. Gesetze, die, wie oben beschrieben, zuletzt durch die rot-grüne Landesregierung im Jahr 2016 verabschiedet wurden.

Eine große Zahl von Umweltschützern wollte einer gerichtlichen Niederlage vorbeugen und besetzt daher (seit rund sechs Jahren) einen Teil des von RWE erworbenen Waldes. Man errichtete Baumhäuser und implementierte entsprechende Schutzmaßnahmen, um einer möglichen Räumung durch die Polizei vorzubeugen und richtete sich ein, für mehrere Jahre dort zu verbleiben, um den Wald zu verteidigen. Dieser Zustand wurde von RWE und den zuständigen Behörden in den vergangenen sechs Jahren hingenommen. Es galt auch, keine Fakten zu schaffen, bevor die Gerichte in den anhängenden Streitverfahren letztinstanzliche Entscheidungen getroffen haben.

Der RWE-Konzern wurde durch Gerichtsentscheidungen überdies daran gehindert, bereits mit der Rodung des Forsts zu beginnen, bevor anhängende Klagen abschließend beschieden wurden.

Darüber hinaus setzten sich verschiedene Parteien dafür ein, ein Moratorium (Aufschub) herbeizuführen, um außerhalb gerichtlicher Entscheidungen neue gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen und den RWE-Konzern zu enteignen.

Die gegenwärtige Landesregierung (CDU und FDP) war nicht bereit, diesen Weg zu gehen. Eine derartige Maßnahme hätte aus der Sicht der politischen Verantwortlichen erhebliche nachteilige Folgen für die Energiesicherheit (insbesondere für die energieintensive Industrie in NRW), aber auch für den Steuerzahler. Schließlich wäre die Enteignung des Energiekonzerns mit milliardenschweren Entschädigungszahlungen verbunden.

## ■ Die Räumung beginnt

Der RWE-Konzern hat sich letztlich dazu entschlossen, mit der Räumung des in seinem Besitz befindlichen Areals zu beginnen. Ursächlich hierfür ist ein begrenztes Zeitfenster, welches aufgrund rechtlicher Vorschriften für die Rodung besteht. Dem Konzern und den zuständigen Bauordnungsbehörden war klar, dass die Räumung des Waldes sehr lange dauern würde und dass ein Warten auf weitere gerichtliche Entscheidungen das Zeitfenster für die etwaige anschließende Rodung erheblich verkürzen würde. Die Entscheidung zur Räumung wurde durch Umweltschützer als Provokation gewertet. Daher verstärkten sich die Protestaktionen rund um den Wald erheblich.

Nach Einschätzung der DPoIG NRW ist der Zeitpunkt der Räumung aus einsatztaktischen Erwägungen heraus, abgesehen davon, dass die Einsatzhundertchaften durch die Einführungsförderungen nur in reduzierter Stärke agieren können, günstig gewählt. Eine zeit-

liche Verschiebung würde für die Kolleginnen und Kollegen einen ohnehin schon schwierigen Einsatz weiter erschweren.

Erstens würden die kälter werdenden Temperaturen die Kollegen beeinträchtigen. Zudem nimmt die europäische Protestbewegung enorm Fahrt auf. Spätestens seit den Krallen rund um den Gipfel in Hamburg ist klar, dass die politischen Gewalttäter aus dem europäischen Ausland erheblich militanter vorgehen als das auch nicht gerade unproblematische deutsche Pendant. Daher gilt es natürlich, diese Gruppierungen vor einer bevorstehenden heißen Phase aus dem Wald herauszuhalten. Befinden sich diese Gruppierungen erst im Wald, wäre der Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen vermutlich ein lebensgefährliches Unterfangen.

Die Räumung an sich ist schließlich schon mit erheblichen Gefahren für die eingesetzten Kräfte verbunden. Das Gelände ist unwegsam und die errichteten Baumhäuser sind höchst gefährliche Konstrukte. Die konkreten Räumaktionen stellen die Beamten daher vor ungeheure Probleme. Dass es sich bei den errichteten Gebäuden und Brücken, welche die Bäume verbinden, um lebensgefährliche Konstruktionen handelt, hat auf tragische Weise der Tod eines jungen Menschen gezeigt, der ohne Fremdeinwirkung von einer Hängebrücke gestürzt ist.

Der Einsatz belastet die Kolleginnen und Kollegen massiv an Körper und Seele. Ausgesprochen lange Einsatzzeiten, lange Anfahrtswege, sich ständig ändernde Einsatzzeiten und nach Dienstende teilweise auch noch lange Fahrten von den Stammdienststellen nach Hause kennen die Kräfte auch aus anderen Einsätzen. Hier ist aber kein Ende in Sicht. Die eingesetzten



Kräfte sind für ihre Familienangehörigen zu Hause über einen unbekanntem Zeitraum zudem auch überhaupt keine Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags. Viele haben Kinder und haben daher besondere Verpflichtungen, denen sie in dieser Phase nicht mehr ansatzweise gerecht werden können. Das alles sind Faktoren, die enorme psychische Belastungen nach sich ziehen können.

Dazu kommen Einsatzsituationen, die in dieser Form in Deutschland einmalig sind und die deutlich machen, dass man es im Hambacher Forst teilweise mit Personen zu tun hat, die

zu wirklich allem bereit sind. Das Schmeißen mit Fäkalien, der Beschuss mit Stahlkugeln aus Zwillen, Bewurf mit Molotow-Cocktails und zahlreiche weitere Gewalthandlungen machen deutlich, dass die Kollegen in einen Einsatz entsandt wurden und werden, der sich in den Belastungen erheblich von anderen Einsätzen unterscheidet. Und der Hambacher Forst ist ja nicht der einzige Einsatz in NRW. Fußball und Versammlungslagen finden auch weiterhin statt. Dazu kommen Großereignisse wie der Besuch des türkischen Staatspräsidenten auf NRW zu. Das alles belastet die Kräfte der Einsatzhundert-

schaften aber auch die Beamtinnen und Beamten in erheblicher Weise. Denn um das Einsatzgeschehen in NRW bewältigen zu können, werden die Alarmzüge nahezu permanent eingesetzt. Dazu ist es von Zeit zu Zeit geboten, die regionalen Einsatzreserven zu mobilisieren. Die Kolleginnen und Kollegen stehen in allen Bereichen unter erheblichem Druck. Das alles hat massive Auswirkungen auf die Sicherheitsinfrastruktur des Landes.

Hinzu kommt, dass die Kollegen sich auch noch auf der falschen Seite wähnen müssen. Zumindest wird durch große

Teile der Medienberichterstattung entsprechend kolportiert, dass es sich bei den Protestlern um Aktivisten für eine gute Sache handelt, während alle anderen und hier allen voran die Polizei, die hässliche Fratze des Rechtsstaates darstellen. Dies wird durch die DPoIG NRW entschieden und auf allen Kanälen (Printmedien, Radio, Fernsehen und Internet) und gegenüber der Politik zurückgewiesen. Die Polizei hat einen gesetzlichen Auftrag und dem kommt sie nach. Daher gilt den eingesetzten Kräften ausdrücklich Dank und Anerkennung für die besonnene Einsatzbewältigung. ■

## Kommentar zum Einsatz Hambacher Forst

Von Sascha Gerhardt, Redakteur POLIZEISPIEGEL – Landesteil NRW

Die Rodung des Hambacher Forsts ist kein Polizeieinsatz wie jeder andere. Es handelt sich wieder um einen Einsatz im Kontext zur Energiepolitik. Diese Einsätze haben schon früher polarisiert und extreme Eskalationen nach sich gezogen. Wackersdorf, Gorleben und Ahaus sind erfahrenen Kolleginnen und Kollegen noch gut in Erinnerung.

Der Atomausstieg sollte nach dem Wunsch der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung den Wendepunkt in der Energiepolitik darstellen und zur Versöhnung der Gesellschaft nach jahrelangem Kampf einleiten.

Dies aber war ein Irrtum. Energiepolitik ist und bleibt ein Zankapfel – und sie wird es auch noch für viele Jahre bleiben. Diejenigen, die sich aktiv gegen die Energiegewinnung aus Atomkraft positioniert haben, fokussieren sich auf die Nutzung regenerativer Energiequellen. Diese ist nach Auffassung der Energieexperten aber nicht

grundlastfähig. Es mangelt an geeigneter Speichermöglichkeit und darüber hinaus auch an einer nicht realisierbaren flächendeckenden Bereitstellung der gewonnenen Energie.

Bürgerinitiativen verhindern bis heute, dass der Strom aus den Offshore-Windanlagen der Küstenregionen von Nord nach Süd transportiert wird. Auch gegen dezentrale „Windparks“ wird offen opponiert.

NRW hat als Industrieland von allen Bundesländern den größten „Energiehunger“. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen unmittelbar von der zuverlässigen Bereitstellung der Energie ab. Diese Tatsachen haben SPD und die Grünen auch im Jahr 2016 dazu bewegt, die Weichen für weitere 27 Jahre Fortdauer des Braunkohletagebaus zu stellen. Nun wollen die Parteien von diesem Entschluss in weiten Teilen nichts mehr wissen. Man habe schließlich nicht der Rodung des Hambacher Forstes, sondern nur der weiteren Verstromung von Braun-



► Sascha Gerhardt, Redakteur POLIZEISPIEGEL, Landesteil NRW

kohle zugestimmt, teilen die Grünen im Internet mit. Das ist schon eine abenteuerliche Haltung, die aber insbesondere den Umweltaktivisten vermittelt, der Tagebau könne fortgeführt werden, ohne den Wald zu tangieren.

Dies ist zwar gegen jede Faktenlage, schiebt aber den Behörden den „Schwarzen Peter“ zu.

Diese treiben nämlich nach Auffassung vieler Aktivisten ihr

eigenes Spiel und machen sich zum Handlanger der Braunkohlelobby. Und das wiederum ruft dann Personen auf den Plan, die immer an vorderster Front agieren, wenn es gegen den Staat und seine Institutionen geht. Ob in Frankfurt und Hamburg gegen die Globalisierung oder eben im Wald gegen die Folgen einer verfehlten Energiepolitik. Man schließt sich zusammen, um auf der Seite der „Guten“ mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Mächtigen und ihren Apparat vorzugehen. Und man darf sich sogar der Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung sicher sein, weil die Medien auch nach den brutalsten Handlungen dieser Gewalttäter von „Aktivisten“ berichten, die für die Erhaltung des Waldes „Aktionen“ gegen Polizeigewalt verübt haben.

Die Folgen dieser verklärenden Berichterstattung haben die Kollegen vor Ort auszubaden.

Sie werden mit Stahlkugeln beschossen, mit Fäkalien über-





schüttet und müssen aufpassen, nicht in bereitgelegte Fallen zu geraten. Zudem müssen sie über einen vollkommen ungewissen Zeitraum vollständig auf ihr Privatleben verzichten, denn neben dem Einsatz am Hambacher Forst gibt es ja auch noch die „Alltagseinsätze“ wie Fußball und andere Ereignisse, welche geschlossene Einheiten erforderlich machen.

Der Einsatz rund um den Hambacher Forst steht sinnbildlich für die Zerrissenheit und Spaltung der Gesellschaft dieser Tage. Es gibt überall nur noch schwarz und weiß. In der Politik, der Medienberichterstattung und in den Foren der digitalen Netzwerke.

Auf der einen Seite die guten und aufrechten „Aktivisten“ sowie Politiker, die sich gegen die Entscheidungen der Regierung positionieren, und auf der anderen Seite die verantwortungslosen und rücksichtslosen Organisationen, die sich zum Handlanger der Mächtigen machen. So war das natürlich schon zu allen Zeiten. Aber mittlerweile hat sich ein entscheidender Faktor hinzugesellt, den es in der Vergangenheit nicht gab. Das Internet hat sich zu einem Katalysator für

bestehende Stimmungslagen entwickelt. Hier prallen die Meinungen aufeinander. Nicht selten wird insbesondere durch bewusste Falschmeldungen weiter Öl in das Feuer einer völlig überhitzten Debatte gegossen.

Das alles wirkt sich auf die Lage im echten Leben aus, indem sich die Spirale der Radikalisierung immer weiter und zudem immer schneller dreht.

Das ist unverantwortlich. Den Kolleginnen und Kollegen kann man dieser Tage nicht genug danken. Ohne Berücksichtigung ihrer eigenen Position, verhelfen sie dem Rechtsstaat zur Durchsetzung. Ohne Polizei wäre Nordrhein-Westfalen und die ganze Bundesrepublik ein „Failed State“ (gescheiterter Staat) ohne Rechtsstaatlichkeit. Das müssen sich viele der derzeit in unverantwortlicher Weise agitierenden Politiker vor Augen halten und die Folgen bedenken.

Dass es auch anders geht, verdeutlichen viele echte Aktivisten rund um den Hambacher Forst. Sie drücken ihren Protest in zahlreichen friedlichen Aktionen und Demonstrationen aus. Obschon sie wissen, dass

ein weiterer Teil des symbolträchtigen Waldes nicht erhalten werden kann, radikalisieren sich nicht. Sie wollen auf die Grundproblematik der Energiegewinnung durch Braunkohle hinweisen und erhoffen sich durch den Protest, mittelfristig eine Veränderung im politischen Handeln zu erwirken. Sie sehen die Polizei nicht als Gegner und verhalten sich trotz aller Emotionen friedlich.

Das verdient höchsten Respekt. Diesen verdienen aber auch die Kolleginnen und Kollegen. Innenminister Herbert Reul hat sich vor seine Beamten gestellt. Das ist von allen verantwortungsbewussten Politikern zu erwarten. Ein erstes Umdenken hat stattgefunden. Der Bewurf mit Fäkalien auf Polizisten hat vielen Medienvertretern und Politikern gezeigt, dass man Menschen hoffiert hat, die zu allem bereit sind und die sicher keine Umweltaktivisten, sondern vielmehr Verbrecher sind, die dringend mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden müssen.

An die Politik sei der Hinweis gegeben, dass man sich nicht darauf zurückziehen kann, dass

die Polizei schon einfach die getroffenen Entscheidungen gegen alle Widerstände durchsetzen wird.

Sie muss dafür sorgen, dass neue Technologien marktreif gemacht werden, statt an herkömmlichen Strukturen festzuhalten. Dies geht nicht über den Verordnungsweg. Vielmehr muss man die gegenwärtige Energieerzeugung unrentabel machen. Der Zertifikatshandel für den Ausstoß von Kohlendioxid ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung. Wenn die Verstromung von Braunkohle zukünftig unrentabel ist, wird die Industrie von selbst darauf verzichten. Denn die Konzerne sind an Gewinnmaximierung interessiert. Auf diese Weise werden Technologien erschlossen und fortentwickelt, die heute noch unwirtschaftlich erscheinen. Als Beispiel sei die Speicherung der Windenergie in Form von Wasserstoff oder anderen, derzeit noch nicht genutzten Verfahren genannt. Erst wenn diese und andere Wege beschritten sind, kann es zu einem echten Energiefrieden kommen. Es gibt vermutlich keine Berufsgruppe, die sich diesen Zustand mehr wünscht als die Polizei. ■

## Treffen der Fachkommission Kripo mit dem Direktor des LKA

Am 29. August 2018 besuchte die Fachkommission Kripo der DPoIG den Direktor des LKA, Herrn Hoever. Zuvor hatten wir ihm unsere Problemfelder kriminalpolizeilicher Arbeit, welche von uns durch Gespräche mit Kollegen „an der Basis“ erarbeitet wurden, zugesandt.

### ■ Personalverwendungskonzept für die Ermittlungsdienste

Zunächst wurde unser Vorschlag diskutiert, wonach wir aufgrund einer notwendigen

Fachlichkeit ein gesondertes Personalverwendungskonzept für die Kriminalpolizei fordern. Diese betrifft insbesondere die Anforderungen in Ausschreibungen von Führungsfunktionen in Ämtern der Besoldungs-

gruppen A 12 und A 13 bei der Kriminalpolizei. Die Vorstellungen der AG Kripo wurden von Herrn Hoever geteilt. Als Beispiel formulierte der Direktor des LKA die Funktion des DGL der Kriminalwache, die analog

der Funktion der DGL der Polizeiwache alleine aufgrund seiner Fachlichkeit mit mindestens A 12 bewertet werden müsse.

Allerdings wies er auch darauf hin, dass man sich nicht über geltende Vorgaben des LAFP bei der Ausschreibung von Stellen mit Führungsaufgaben hinwegsetzen könne. Änderungen in diesem Bereich können aber nach seiner Ansicht über ge-



werkschaftlichen Druck auf die Entscheidungsträger beschleunigt werden.

➤ **Mehr A12- und A13-Stellen – auch für die Direktion K**

In dem gleichen Zusammenhang nahm er auch Stellung zu dem Problem, dass landesweit bei den Direktionen K im Vergleich zu den Direktionen GE eine erheblich geringere Zahl von Funktionen nach A 12 und A 13 beschrieben sind.

Dass Kriminalisten die Direktion wechseln müssten um befördert zu werden, nannte der Direktor des LKA in Hinblick auf den zu erwartenden Wissensverlust eine nicht hinnehmbare Entwicklung. Hier unterschied sich die Haltung des Herrn Hoever auch nicht von der Position der Fachkommission K. Allerdings wies er auf die konstitutiven Fakten hin, welche sich aus der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu dem Thema ergeben.



➤ Die Delegation der Fachkommission K beim Besuch des Direktors des LKA: Torsten Roreger, Markus Neumann, Norbert Wolf, Thomas Rühling sowie Herr Hoever (Direktor des LKA) (von links)

➤ **Technische Ausrüstung muss schnell verbessert werden**

Was die technische Ausstattung betrifft, verwies der Direktor des LKA auf das Landesprojekt Polizei 2020. Die Beschaffung von Handys in Mannausstattung ist in der Diskussion, eine Beschaffung

von Tablets wird vermutlich nicht umgesetzt. Bei der Erhöhung von Speichermöglichkeiten und Datenverarbeitungsmengen innerhalb des CN-Polnetzes wird es absehbar positive Veränderungen geben.

Herr Hoever vertrat, genau wie die Fachkommission K die Ansicht, dass nicht immer nur auf

eine 100-prozentige Lösung technischer Probleme hingearbeitet werden darf. Technik wird so nach jahrelanger Erprobung erst dann eingesetzt, wenn diese bereits wieder veraltet ist. Hier ist eine deutliche Beschleunigung geboten, um nicht vollständig abgehängt zu werden.

Herr Hoever informierte uns im Anschluss daran noch über aktuelle Entwicklungen innerhalb des LKA und Neuerungen in der Fachschiene K auf Landesebene. Wir haben den Direktor LKA auch auf einen möglichen Erlass zur Stärke eines ET/K angesprochen. Er wies darauf hin, dass ein solcher Erlass nicht existiert und im Moment auch nicht diskutiert wird.

Insgesamt war es ein sehr konstruktives und informatives Gespräch. Wir als Fachkommission Kripo haben unser Ziel, der Sensibilisierung für die Probleme der Kollegen vor Ort, erreicht! ■

## Begrüßung der Studierenden an den Fachhochschulstandorten

### DPoIG an Fachhochschulstandorten mit starker Präsenz – tolle Unterstützung auch durch den Bundesjugendleiter

Der Versetzungstermin rund um den 1. September ist in jedem Jahr das zentrale Element der Präsentation gewerkschaftlichen Engagements. Die inzwischen wieder zahlreich in die Fachhochschulen strömenden Kolleginnen und Kollegen (dieses Jahr 2 300, nächstes Jahr eventuell sogar 2 400 Einstellungsermächtigungen), welche hier vonseiten der Redaktion des POLIZEISPIEGELS ganz herzlich in der „Polizeifamilie“ willkommen heißen werden,

sollten an ihrem ersten Arbeitstag auch erstmals die Gelegenheit haben, die Berufsvertretungen der Polizei kennenzulernen. Leider ist dieser Termin aber nur in der Theorie das erste Aufeinandertreffen der Berufsanfänger mit den Berufsvertretungen. Nach Schilderung der neuen Kolleginnen und Kollegen, haben sie an diesem Tag nahezu alle bereits eine Einladung zu diversen Vortreffen eines großen gewerkschaftlichen Mitbewerbers der DPoIG Wo-



➤ Begrüßung in Duisburg





# Nordrhein-Westfalen



> Begrüßung in Düsseldorf



chen vor dem ersten Arbeitstag erhalten. Viele hatten sich schon da für die Mitgliedschaft in der einladenden Organisation entschieden. Fraglich ist, wie die einladenden Kreisgruppen an die entsprechenden personenbezogenen Daten gekommen sind, um zielgerichtete Einladungen steuern zu können. Sofern es datenschutzrechtlich keine Probleme gibt, wäre es aus Gründen der Chancengleichheit wünschenswert und dringend geboten, wenn das Ministerium oder das LAFP auch der DPoIG NRW die Gelegenheit



> Begrüßung in Münster



gibt, bereits im Vorfeld Vortreffen zu veranstalten. Andernfalls führt die gegenwärtige Praxis zu einem unlauteren Wettbewerbsvorteil, dem seitens der Oberbehörde Einhalt geboten werden muss. Hier wird es entsprechende Gespräche geben müssen!

Trotz der schlechten Rahmenbedingungen bemühen sich an den Fachhochschulstandorten

zahlreiche ehrenamtlich engagierte Kolleginnen und Kollegen der DPoIG in ihrer Freizeit, die Vorzüge unserer Organisation, die nicht von der Hand zu weisen sind, den Studierenden zu vermitteln. Das sind enorme persönliche, logistische und finanzielle Herausforderungen. Auch hier sei den hochengagierten Kolleginnen und Kollegen seitens der Redaktion des POLIZEISPIEGELS für ihren unermüdlichen Einsatz gedankt.

Aktionen in diesem Jahr. Hierbei stellte er fest: „Obwohl es dieses Jahr seitens der Fachhochschulen extreme Schwierigkeiten mit der Vergabe von Vorstellungsterminen gab (eine Terminanfrage wurden sogar bis zum heutigen Tag nicht beantwortet!), so haben wir das Beste daraus gemacht. Wir haben wiederholt einen Schwerpunkt auf kompetente und persönliche Beratung gelegt. Die DPoIG NRW ist eine Gewerkschaft zum Anfassen und dies haben wir deutlich gemacht. Anders als bei unserem Mitbewerber hat jeder der neuen Kolleginnen und Kollegen meine persönlichen Erreichbarkeiten erhalten und kann sich jederzeit an mich wenden.

Auch haben wir deutlich gemacht, dass wir die Praktiker aus dem täglichen Dienst sind! Unsere Neuen erhielten zusätzlich nützliche Give-

Wie jedes Jahr betreute die JUNGE POLIZEI der Deutschen Polizeigewerkschaft, gestützt durch Vertreter der jeweiligen Kreisverbände, die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung (FHöV) und stellte sich den neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtinnen vor.

Der Landesjugendleiter Marcel Huckel äußerte sich gegenüber dem POLIZEISPIEGEL zu den



> Begrüßung in Bielefeld





aways für den täglichen Dienst: Darunter befanden unter anderem Einsatztaschen/Rucksäcke, Desinfektionssprays, Beatmungsmasken, Schultertaschenlampen und Klemmbretter, sodass ein guter Einstieg ins Berufsleben gewährleistet ist. Wir sind unmittelbar für unsere Mitglieder da und versorgen sie mit Rat und Tat sowie mit qualitativ hochwertigen und funktio-

nalen Gegenständen“, so der Landesjugendleiter Marcel Huckel.

Auch dieses Jahr kann die DPOIG NRW sich über eine wachsende Mitgliederzahl freuen – auch wenn es durch den oben beschriebenen Wettbewerbsnachteil erheblich weniger Neumitglieder sind als es in einem fairen Wettbewerb der Fall wäre. ■



> Begrüßung in Münster

## Begrüßung neuer Kolleginnen und Kollegen beim PP Wuppertal

DPOIG-KV Wuppertal mit starker Präsenz bei der zentralen Begrüßungszeremonie im Saal 300 des Präsidiums

Der 3. September 2018 war nicht nur der Tag, an dem die Berufseinsteiger an den Fachhochschulen ihren ersten Arbeitstag erlebt haben.

Der zentrale Versetzungstermin ist auch für zahlreiche Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen sowie für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte aber auch für viele erfahrene Kollegen der erste Tag in ihrer neuen Behörde.

Wuppertal ist seit einigen Jahren kein Fachhochschulstandort mehr. Dennoch beschloss der Kreisvorstand auf seiner Sommerklausur in Düsseldorf, an diesem Tag eine Aktion zur Begrüßung der Neuen durchzuführen.

So fanden sich dann am 3. September auch zahlreiche Mitglieder sowie die Repräsentantin der regionalen debeka-Niederlassung, Alexandra Beckmann,



> Präsentierten die DPOIG und deren Partnerorganisation debeka im Rahmen der Begrüßung von 114 neuen Kolleginnen und Kollegen in Wuppertal: Andreas Babik, Peter Halbach, Alexandra Beckmann (debeka), Sascha Gerhardt und Elmar Müller (von links).



> Freute sich über einen vollbesetzten „Saal 300“ – der Polizeipräsident von Wuppertal, Markus Röhr, bei seiner Ansprache an die neuen Kolleginnen und Kollegen.

im Präsidium vor dem Saal 300 des Präsidiums ein, um die vielen Give-aways sowie Erfrischungsgetränke ansprechend zu präsentieren. Dass sie dies in ihrer Freizeit machten, bedarf eigentlich keiner Erwähnung, soll aber an dieser Stelle zeigen, dass die DPOIG-Kreisverbände Mitglieder haben, die mit ganz viel Herzblut für ihre Gewerkschaft eintreten.

Die Aktion war ein voller Erfolg. Die Kolleginnen und Kollegen belagerten in der Veranstaltungspause den Stand der DPOIG. Es kam zu zahlreichen

Gesprächen und zu einem großen Lob der neuen Kollegen, die mit einer derartigen Begrüßung durch die DPOIG nicht gerechnet hatten.

Die teilnehmenden Mitglieder des DPOIG-Kreisverbandes Wuppertal waren sich schnell einig, auch im nächsten Jahr wieder eine Begrüßungsaktion durchzuführen. Im Rahmen der nächsten Sommerklausur im Jahr 2019 wird darüber beraten, wie die gute Aktion noch fortentwickelt werden kann, um den Auftritt zu professionalisieren. ■

## Die Jahreshauptversammlung der DPolG Köln fand am 11. September 2018 im Gasthaus Scherz in Köln-Sülz statt

### Neuer Vorstand des KV Köln führte erste Jahreshauptversammlung durch

Der Vorstand der DPolG Köln berichtete über das vergangene Jahr seit „Übernahme der Amtsgeschäfte“.

Der Versammlung wohnte neben zahlreichen Mitgliedern auch der Landesvorsitzende der DPolG NRW, Erich Rettinghaus, bei.

Dessen Bericht war gespickt mit interessanten Aspekten aus der Arbeit des Landesverbandes und natürlich auch aus dem Umfeld der Landespolitik, die man so gebündelt sonst nicht erfahren kann. Zudem bedankte sich Erich Rettinghaus ausdrücklich für die gute Arbeit des Kölner Vorstandes, die sich auch in einer sehr positiven Mitgliederentwicklung der DPolG in Köln darstellt.

Eine besondere Freude stellte die Präsentation und Wahl des neuen Beisitzers und Eigensicherungsbeauftragten Marco Kurth dar.

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung durch einen ausgesprochen informativen Vortrag des Rechtsschutzbeauftragten Manfred Niehuis. Neben den Herausforderungen in seinem originären Aufgabenbereich innerhalb des KV Köln, berichtete er über wichtige Problematiken im Zusammenhang mit dem Ruhestand von Beamten und der Krankenversicherung von Ehepartnern.

Nach der Entlastung des Vorstandes gab es im Anschluss dann noch die Möglichkeit,



> Der Vorstand des DPolG KV-Köln: Andreas Schulten, Erich Rettinghaus, Thomas Pfeifer, Marco Kurth, Jessica Kluszczyk (von links)

sich bei leckerem österreichischem Essen und Getränken auszutauschen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass sie Teil einer sehr

gelingenen Jahreshauptversammlung gewesen sind und mit zahlreichen neuen und interessanten Eindrücken den Heimweg antreten konnten.

### > JUNGE-POLIZEI-Sommeraktion

Am 1. Juli 2018 fand in Duisburg eine Blaulichtparty statt, welche von vielen Kolleginnen und Kol-

legen besucht wurde. Neben der schönen Feier hatte sich der Kreisverband Duisburg ein wei-



teres Highlight ausgedacht, welches die anwesenden Gäste sehr amüsierte. Es wurde ein Bullenreiten veranstaltet, bei dem die besten Rodeo-Reiter und -Reiterinnen großartige Preise gewinnen konnten. Als Hauptgewinn gab es sogar eine Renntaxi-Fahrt auf dem Nürburgring zu gewinnen, was viele dazu anspornte, sich auf den „Bullen“ zu setzen und eine mehr oder weniger gute Figur zu machen. Als Gewinnern ging Anja K. der Duisburger BPH hervor und sicherte sich souverän den Hauptgewinn. Am 22. September 2018 war es soweit und der Preis wurde eingelöst.

Nachdem die Anfahrt zum „Ring“ mit Regenschauern begleitet worden war, war Anja der Wettergott dennoch holt und bescherte ihr auf der Rennstrecke trockenes Wetter. Umso näher sie der Rennstrecke kam, desto mehr konnte man Anja ihre Vorfreude anmerken.

Nachdem sie als Beifahrerin eines Porsche GT3 den Rennkurs erfolgreich absolviert hatte, war ihr die Freude buchstäblich ins Gesicht geschrieben. Für die Redaktion sagte sie: „Ein super Hauptgewinn. Vielen lieben Dank. Das erlebt man nicht alle Tage!“